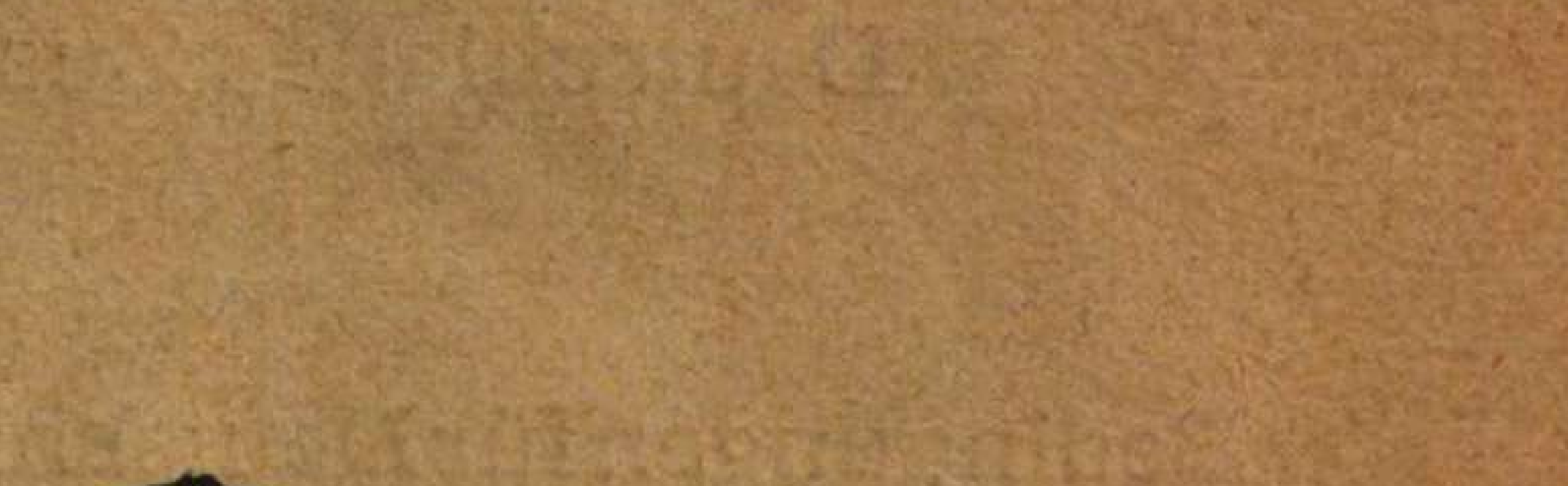
Der Stand der Kriegsſchuldfrage

Von


Hans Delbrück

Zweite verbeſſerte und ergänzte Auflage





Berlin W 8 / Carl Heymanns Verlag / 1925



Der Stand der Kriegsschuldfrage

Von

Hans Delbrück

Zweite verbesserte und ergänzte Auflage

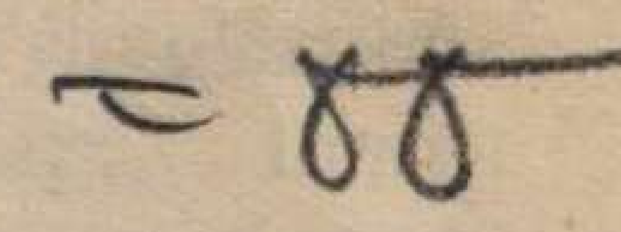


Berlin W 8 / Carl Heymanns Verlag / 1925

Der Stand der Kriegsschuldfrage

Von

Hans Delbrück

Zweite verbesserte und ergänzte Auflage 



Berlin W 8 / Carl Heymanns Verlag / 1925

Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Berlin W 8

Verlags-Archiv: 8045

Was versteht man unter der Kriegsschuldfrage? Der Artikel 231 des Versailler Friedens, den wir unterschrieben haben und auf den die Reparationsforderungen begründet sind, drückt sich nicht so bestimmt aus, wie man im allgemeinen glaubt. Das Ultimatum aber, durch das uns die Unterzeichnung abgezwungen wurde, führt in einer Reihe von Sätzen das aus, was in der öffentlichen Meinung innerhalb und außerhalb Deutschlands unter unserer Verschuldung verstanden wird, nämlich, daß die deutsche Politik mit Vorbedacht den lange vorbereiteten Weltkrieg bewußt entfesselt habe, um eine Weltherrschaft oder Welthegemonie zu gewinnen. Das ist die Anklage, und von ihr dürfen wir sagen, daß an ihr kein wahres Wort ist. Im Sinne dieser Anklage dürfen wir behaupten, Deutschland ist durchaus und vollständig unschuldig. Wenn man das nun aber dahin formuliert: Deutschland ist überhaupt unschuldig und von den anderen Mächten ohne jede Veranlassung oder Provokation seinerseits überfallen worden, so wäre das zuviel gesagt. Denn „unschuldig" ohne jede Einschränkung bedeutet nicht bloß frei von verbrecherischem Willen, sondern auch frei von Fehlern, und das wäre nicht nur eine falsche, sondern auch eine unsinnige Behauptung. Eine fehlerlose Politik gibt es nicht, hat es nie gegeben, und kann es nicht geben, so wenig wie eine fehlerlose Strategie. Auch die Friedrich, Napoleon und Bismarck haben Fehler gemacht, sowohl in der Politik wie in der Kriegführung. Wenn wir also nicht sagen dürfen „Deutschland ist unschuldig": wie sollen wir unsere These dann formulieren? Man hat vorgeschlagen und der Ausdruck hat sich eingebürgert, Deutschland ist nicht „allein schuldig". Diese Formulierung hat sehr gute Dienste getan, sozusagen als Übergang, aber sie ist in sich höchst anfechtbar. Denn erstens läßt sie den Einwand zu, zwar nicht alleinschuldig, aber doch „hauptschuldig", und zweitens bringt sie die Schuld Deutschlands, nämlich diese oder jene politische oder diplomatische Fehler gemacht zu haben, auf das gleiche Niveau mit dem Willen jener Mächte, die tatsächlich nicht bloß Fehler gemacht haben, sondern mit voller Absicht und Bewußtsein den Krieg vorbereitet, gewollt und endlich herbeigeführt haben. So viel ich selbst und mit mir mancher Gesinnungsgenosse darüber

nachgedacht hat, eine kurze und schlagende Formulierung zu finden, die dieses Verhältnis unzweideutig ausdrückt, so ist es uns doch noch nicht gelungen, und wir müssen also weiter arbeiten mit der These „Deutschland ist im Sinne des Versailler Ultimatums unschuldig", um dann in den Einzelausführungen festzustellen, mit was für Fehlern und Mißgriffen die deutsche Politik vor dem Kriege dennoch zu belasten ist. Auch unter den besten Sachkennern herrscht in diesen Punkten keine volle Einmütigkeit. Aber das ist kein Fehler, es beweist nur, mit welcher ehrlichen Wahrheitsliebe in Deutschland das Problem behandelt wird. Nicht nach einer von oben ausgegebenen Parole bemüht man sich, eine bestimmte Behauptung mit mehr oder weniger Kunstfertigkeit zu beweisen, sondern eine Reihe von Forschern bearbeiten die Frage in unbeschränkter geistiger Freiheit. In dem *einen* entscheidenden Punkt aber sind alle wirklich ehrlichen und unverblendeten Forscher innerhalb und außerhalb Deutschlands durchaus einig: daß nämlich die Behauptung des Versailler Ultimatums von der Absicht Deutschlands, den Weltkrieg zu unternehmen, um eine allgemeine Hegemonie zu erwerben, unwahr ist.

Diese Anklage wird von vornherein dadurch widerlegt, daß das Deutsche Reich seine militärischen Kräfte nicht entfernt in dem Maße angespannt hat, wie es für einen solchen Zweck nötig und wie es ihm auch möglich gewesen wäre. Die Behauptung des Versailler Ultimatums, Deutschland sei 1914 von allen Mächten allein gerüstet gewesen, ist das Gegenteil der Wahrheit. Nur etwa zwei Drittel der kriegsfähigen jungen Mannschaft wurden in Deutschland militärisch ausgebildet; die allgemeine Wehrpflicht bestand nur auf dem Papier. Nur 1,13‰ der Bevölkerung stand vor dem Kriege in Deutschland in Waffen; in Frankreich 2,17‰. Gewiß hätte es parlamentarische Schwierigkeiten gemacht, die deutsche Heeresstärke wesentlich zu erhöhen. Aber eben das ist ein Beweis, wie fern dem deutschen Volke der Weltherrschafts- und sogar der Kriegsgedanke überhaupt lag. Deutschland strotzte ja von Reichtum, und wirtschaftlich hätte nichts im Wege gestanden, die Steuerschraube etwas fester anzuziehen und die allgemeine Wehrpflicht wenigstens annähernd zur Tat werden zu lassen. Eine Regierung, die eine solche Forderung beim Reichstag nicht durchsetzen konnte, konnte noch viel weniger daran denken, mit einem so gesinnten Reichstag hinter sich, aus freien Stücken einen Weltkrieg zu inszenieren. Die Friedensstärke des deutschen Reichsheeres war im Verhältnis zur Bevölkerungszahl im Jahre 1912 geringer als im Jahre 1893, weniger als 1‰. Erst im aller-

letzten Augenblick, im Jahre 1913 wurde die Zahl der eingestellten Rekruten wesentlich, um 63000, erhöht, eine Verstärkung, die eine große Wirkung erst in einer Reihe von Jahren ausmachen konnte, während Frankreich gleichzeitig statt der zweijährigen die dreijährige Dienstzeit einführte, was auf der Stelle eine sehr bedeutende Verstärkung ausmachte, da man bei der Mobilmachung einen ganzen Jahrgang mehr unter der Fahne hatte.

Nicht weniger als die unzulängliche Rüstung spricht auch die Verteilung der auf das Heerwesen verwendeten Mittel gegen die Absicht eines Weltkrieges. Deutschland machte sehr große Ausgaben für seine Marine. Wie diese Marinepolitik zu beurteilen ist, darüber wird noch zu reden sein. Auf jeden Fall aber spricht sie gegen die Absicht eines Weltkrieges, denn so bedeutend das Wachsen unserer Flotte war, so blieb sie doch immer viel zu schwach, um es mit der englischen oder gar mit der vereinigten Seemacht der ganzen Entente aufzunehmen. Der Erfolg unserer Rüstungspolitik war, daß wir auf beiden Gebieten, zu Lande und zu Wasser, zu schwach waren. Hätten wir einen wesentlichen Teil der Mittel, die auf die Flotte verwandt wurden, dem Landheer zugeführt, so würde es uns, wenn es überhaupt zum Kriege kam, doch wohl möglich gewesen sein, Frankreich zu überrennen. Einige Armeekorps mehr, wofür es ja junge Mannschaft in Deutschland genug gab, hätten uns zu Lande ein ziemlich sicheres Übergewicht verschafft. Wozu baute Kaiser Wilhelm eine so große Flotte, wenn er doch selber glaubte, daß sie einen Seekampf mit dem zu erwartenden Feinde nicht aufnehmen könne? Es gibt keine andere Erklärung als die des sogenannten Risiko-Gedankens, d. h. man glaubte, daß England wegen des zu erwartenden eigenen Verlustes den Kampf scheuen und sich lieber zu gewissen Zugeständnissen auf dem Gebiete der Welt- und Kolonialpolitik bereitfinden lassen würde. Man wollte also mit der Flotte nicht kämpfen; man wollte keinen Krieg, sondern man wollte nur einen gewissen Druck ausüben. Diese Rechnung war falsch und sie war verhängnisvoll falsch, aber ob falsch oder richtig, die Tatsache, daß in dem Flottenbau keine Vorbereitung zum Weltkrieg lag, sondern umgekehrt, daß man aus ihr ablesen kann, wie man den Weltkrieg *nicht* wollte, ja ihn nicht einmal erwartete, bleibt bestehen.

Die unzulängliche und unzweckmäßig verteilte Kriegsrüstung des Deutschen Reiches hängt zusammen mit der deutschen Politik. Alle anderen Großstaaten, Rußland, Frankreich, Italien, England hatten imperialistische Kriegsziele, die nur durch größere oder geringere Kriegshandlungen zu erreichen waren. Frankreich wollte

Elsaß-Lothringen, Rußland Konstantinopel, beide daneben ebenso wie England und Italien große Kolonialerwerbungen. Auch Deutschland hätte wohl gern Kolonien erworben und hatte mit England ein Abkommen, was schon unmittelbar vor der Ratifikation stand und ihm Aussicht auf die Erbschaft eines Teiles des portugiesischen Kolonialbesitzes eröffnete. Diese Aussicht war aber noch unsicher und in weitem Felde. Statt dessen war ein anderes Ziel in Aussicht genommen. Im Reiche des Sultans, das so viele der ältesten und kostbarsten Kulturgebiete umfaßte, war eine Bewegung entstanden, sich aus den noch immer mittelalterlichen Zuständen zu befreien und das Reich zu europäisieren. Das durchzuführen bedurfte die Türkei der Anlehnung an eins der großen europäischen Kulturvölker, das ihm einen Vorschuß an Kapital und Bildung gewährte, Eisenbahnen, Häfen, Straßen bauen half, Beamte, Offiziere, Kaufleute, Techniker, Lehrer, Ärzte zur Verfügung stellte. Rußland, England, Frankreich konnten für ein solches Kulturbündnis nicht in Betracht kommen, da man von allen diesen Staaten wußte, daß sie gar zu gern selber Teile des türkischen Reiches in Besitz genommen und ihren Einfluß zu diesem Zwecke verwandt haben würden. Für Deutschland war eine solche Politik ausgeschlossen. Wie hätte es bei seiner geographischen Lage einen solchen Besitz behaupten können? Erstrebten die Türken also Europäisierung, so konnten sie Hilfe und Anschluß nur bei Deutschland suchen. Deutschland kam aber einem solchen Wunsche gern entgegen. Es war reich an Kapital, das Beschäftigung suchte, und überreich an Persönlichkeiten auf allen Gebieten des Kulturlebens, die Tätigkeit suchten. Die deutschen Schulen, Universitäten und technischen Hochschulen bildeten Jahr für Jahr tausende von jungen Leuten aus, die nachher im Vaterlande nur eine sehr dürftige oder gar keine Betätigung finden konnten. Was konnten diese Leute in Klein-Asien, Syrien, Mesopotamien, Arabien leisten!

Daß Deutschland 1914 an Übervölkerung gelitten habe, ist nicht richtig. Im Gegenteil, es hatte einen ungeheuren Bedarf an ländlichen und überhaupt ungelernten Arbeitern, der durch Einwanderung aus den Nachbarländern, namentlich aus dem Osten und aus Italien gedeckt wurde. Man rechnet die Zahl dieser fremden Wanderarbeiter auf nicht weniger als eine ganze Million. Der Überschuß, den Deutschland hatte, war der Überschuß eines gesund strebsamen Volkes, der Überschuß des aus den unteren Schichten nach oben aufsteigenden Bildungswesens, wenn man will, des Bildungsproletariats, das nach außen überströmte. Die Natur der Dinge also brachte Deutschland mit der Türkei zu-

sammen. Wenn mit deutschem Kapital und deutschen Technikern eine Eisenbahn von Konstantinopel nach Bagdad gebaut wurde, so gab das nicht nur wirtschaftlich den durchquerten Gebieten ein neues Rückgrat, sondern auch dem türkischen Staat eine neue Kraft. Truppen, die von einem Ende des Reichs zum anderen mit der Eisenbahn transportiert werden konnten, waren ganz etwas anderes als Truppen, die hunderte von Meilen marschieren mußten, ehe sie auf dem Kriegsschauplatz anlangten. Rußland hat seinerzeit den Krimkrieg verloren, weil ihm noch die Nord-Süd-Eisenbahn fehlte und die Truppen von Moskau bis ans Schwarze Meer ein Vierteljahr gebrauchten. Wenn Deutschland mit der Türkei in enge wirtschaftlich-kulturelle Beziehungen trat, so sorgte es ebenso sehr für sich selbst und die aufstrebenden Schichten seines Volkes, wie es dem Reiche des Sultans eine Wohltat erwies. Es ist von Grund aus falsch, eine solche Politik als Imerpialismus zu bezeichnen. Imperialismus ist eine Politik, die das eigene Herrschaftsgebiet über Weltweiten auszudehnen bestrebt ist. Imperialismus bedeutet Erweiterung der direkten Machtsphäre. Was Deutschland erstrebte, verhieß ihm zwar einen weitreichenden Einfluß, aber keine Herrschaft. Es ist nicht bloß eine Übertreibung, sondern es ist eine Verkehrung der Wahrheit, von einem Weltreich von Hamburg bis Bagdad zu sprechen. Die beiden Großstaaten, die hier mit Deutschland zusammengefaßt werden, Österreich-Ungarn und die Türkei, blieben durchaus selbständig und konnten jeden Tag ihre Politik nach ihren eigenen Interessen orientieren und ändern. Dem Sultan hätte es freigestanden, von heute auf morgen statt der deutschen Offiziere und Beamten, die er im Dienst hatte, französische, englische und russische zu berufen, und er hatte auch tatsächlich Funktionäre von anderen Nationalitäten, z. B. einen englischen Admiral an der Spitze seiner Marine. Österreich-Ungarn aber hat gerade in der Krisis, die wir zu behandeln haben, eine nur gar zu selbständige Politik getrieben und gezeigt, daß es keineswegs ein Teil des deutschen Weltreiches sei. Die Abhängigkeit, die existierte, war eine durchaus gegenseitige, wie das unter Bundesgenossen immer ist und gar nicht anders sein kann, und die Kritiker der deutschen Politik haben oft in demselben Atem das Entgegengesetzte behauptet, daß Deutschland durch die Aufrichtung der Berlin-Bagdad-Herrschaft einem ungesunden Ehrgeiz gehuldigt, und daß es keine wirklich selbständige Politik befolgt, sondern im Schlepptau Österreich-Ungarns sich habe führen lassen. Der eine Vorwurf ist so unberechtigt und falsch wie der andere. Die Politik, die Deutschland verfolgte, war natürlich nicht selbst-

herrlich, sondern mußte bei jedem Schritt Rücksichten nehmen auf seine Bundesgenossen. Das Ziel aber war nicht ein Ziel der Gewalttat und der Herrschaft, sondern ein rein wirtschaftlich-kulturelles, das glücklich durchgeführt der Wohlfahrt nicht nur des deutschen Volkes und der Bewohner der Türkei, sondern der Welt gedient hätte. In der Stimmung der Selbstbeschuldigung, in der heute das deutsche Volk lebt, wird diese ideale Seite des vergangenen Reiches oft verkannt und muß deshalb um so mehr unterstrichen und betont werden. Man beschuldigt Deutschland, daß es auf den Haager Konferenzen den Bestrebungen, den Weltfrieden zu sichern, entgegengetreten sei und sich damit grundsätzlich zur Gewaltpolitik bekannt habe. Wenn die Akten der parlamentarischen Untersuchungskommission erst herauskommen, wird sich herausstellen, daß ganz im Gegenteil Deutschland, indem es die von anderen Mächten nicht ohne Heuchelei aufgestellten utopisch-pazifistischen Vorschläge ablehnte, selber Pläne betrieb, die praktisch diesen Bestrebungen gedient haben würden. Deutschland machte, nach einem treffenden Wort des Pazifisten Prof. Quidde, pazifistische Politik, die anderen machten pazifistische Musik. Deutschlands Fehler bestand nur darin, daß es nicht die Kunst übte oder verstand, seine und die Politik der anderen Mächte vor der öffentlichen Meinung in das rechte Licht zu setzen.

Wenn Deutschlands Verhältnis zur Türkei auch keine imperialistische Politik war, so wäre es natürlich doch indirekt auch der Machtstellung Deutschlands in der Welt zugute gekommen und erregte dadurch die Machteifersucht der anderen Großstaaten. Dieserhalb den Schluß zu ziehen, daß Deutschland eine solche Politik nicht hätte betreiben dürfen, dürfte wohl kaum jemandem einfallen; das hieße ja, einem Volke Fleiß, Betriebsamkeit und Tüchtigkeit untersagen zu wollen. Deutschland erregte aber nicht bloß indirekt die Machteifersucht anderer, sondern trat deren eigenem Streben in den Weg. Am wenigsten wohl Frankreich, das seinen älteren ehrgeizigen Bestrebungen in der Levante damals ziemlich entsagt hatte. Auch mit England hatte man sich so ziemlich geeinigt, indem man ihm den Einfluß auf die Fortsetzung der Bagdadbahn von Bassora zum Persischen Meerbusen gewährte. Im höchsten Maße aber stieß man an bei Rußland, dem klar wurde, daß, wenn die Türkei sich wirklich europäisierte und ihre Kriegskraft dadurch vervielfältigte, der alte Traum der Errichtung des Kreuzes auf der Hagia Sophia verurteilt sei, für immer ein Traum zu bleiben. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte Rußland einmal beschlossen, diese Pläne zurückzustellen und zunächst den

Ausgang zum warmen Wasser am Gelben Meer zu suchen und ein großes Neu-Rußland in der Mandschurei aufzubauen. Dieser Plan war durch die Japaner zerschlagen worden, und statt ihn wieder aufzunehmen, wandte die russische Politik den Blick jetzt wieder nach Konstantinopel. Daß Deutschland ihm bei diesem Unternehmen hinderlich sein könnte, hatten die Russen schon längst besorgt und es dem Fürsten Bismarck mit grimmigem Hasse vergolten, daß er sich auf dem Berliner Kongreß 1878 nicht ganz auf ihre Seite gestellt hatte. Obgleich Bismarck sich, wie die jüngst veröffentlichten Akten beweisen, immer die äußerste Mühe gegeben hat, den Russen irgendwie entgegenzukommen, so waren sie doch gegen ihn stets von Argwohn erfüllt. Die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages durch Caprivi war sicherlich ein politischer Fehler, hatte aber keineswegs die entscheidende Bedeutung, die man ihr gemeiniglich zuschreibt. Nach mehr oder weniger Jahren wäre er durch die Natur der Dinge hinfällig geworden. Im Jahre 1895 machte Lord Salisbury Deutschland den andeutenden Vorschlag, die Türkei zu teilen. Deutschland konnte sich an einer solchen Politik weder beteiligen, noch sie zulassen. In welche Schwierigkeiten und Unmöglichkeiten wäre es gekommen, wenn es sich auf die Teilung eingelassen hätte! Wohl ist dergleichen zuweilen in Berlin auch erwogen worden, aber die umgekehrte Idee, die Idee der Verjüngung der Türkei hat die Oberhand behalten. Hätte Deutschland weder diese Verjüngung unterstützt, noch sich an der Teilung der Türkei beteiligt, sondern die ganze ungeheuere Beute anderen Mächten überlassen, so wäre eine für Deutschland höchst ungünstige und gefährliche Verschiebung der Machtverhältnisse eingetreten. Rußland im Besitze Konstantinopels und großer Teile Klein-Asiens hätte um so mehr die Idee des Panslavismus oder Neo-Slavismus, das heißt die Sammlung aller kleineren slavischen Völkerschaften unter der Führung Mütterchens Rußland aufgenommen, was die Auflösung Österreichs und den Kampf zwischen Slaventum und Germanentum in Böhmen bedeutete. Unter dieser Perspektive erkennt man, daß die Türken-Politik Wilhelms II. nicht bloß eine aus eigenem Antrieb geschöpfte Idee war, sondern einer gewissen Zwangslage entsprang. Die Türkei mußte sich entweder verjüngen oder zerfallen. Wenn man die Türkei nicht verjüngte und dadurch in den Stand setzte, ihre Selbständigkeit zu behaupten, so gab man sie der Teilung durch andere Mächte preis, und das daran nicht beteiligte Deutschland wäre zu einer Macht minderen Ranges herabgesunken. Wiederum indem man sich des Aufstrebens der Türkei annahm, erregte man den

grimmigen Zorn des gewaltigen Rußland und es kam darauf an, ob die deutsche Politik stark und geschickt genug war, sich solcher Feindschaft zu erwehren.

Wenn Deutschland durch die panslavistische Politik Rußlands erst in weiterer Ferne bedroht wurde, so war Österreich dadurch in noch viel höherem Maße und nicht bloß in seiner Großmachtstellung, sondern auch in seiner Existenz bedroht. Die Erfüllung der Idee des Neoslavismus löste die habsburgische Großmonarchie auf, und die Völkerschaft, bei der dieser Angriff einsetzte, war das Südslaventum. Ob die Südslaven, die heute zu einem Staatswesen vereinigt sind, wirklich eine Nationalität bilden, muß die Zukunft lehren. Das einzige gemeinsame Moment ist das Volkslied, das besonders den kühnen, freiheitsliebenden Räuber feiert. Sonst aber haben Serben, Kroaten, Slovenen, Bosniaken, Dalmatiner, Montenegriner sehr wenig gemeinsam. Ihre Dialekte sind fast so verschieden, wie ihre Geschichte. Sie sind teils griechisch-orthodox, teils katholisch, teils mohammedanisch. Sie haben einen verschiedenen Kalender und feiern die christlichen Feste an verschiedenen Tagen. Sie haben ein verschiedenes Alphabet und schreiben eine verschiedene Schrift. Durch Jahrhunderte haben sich Serben und Kroaten tödlich gehaßt und befeindet. Erst seit wenigen Jahrzehnten ist die Idee aufgekommen und durch eine lebhafte Propaganda ins Volk gebracht worden, daß trotz allem eine nationale Einheit vorhanden sei. Der Hauptträger dieser Idee war das Königreich Serbien, das sich in der Art, wie es 1859 bis 1870 Piemont in Italien ausgeführt hat, die übrigen südslavischen Stämme angliedern wollte und dadurch in einen tödlichen Gegensatz zu Österreich-Ungarn geriet.

Es wäre nicht unmöglich gewesen, das groß-serbische Ideal, statt im Gegensatz zu Österreich, im Bunde mit Österreich zu lösen, indem Serbien eine wirtschaftlich-politische Verbindung mit dem großen Nachbar einging. Die Serben verdanken den Ursprung ihrer Selbständigkeit den Siegen des Prinzen Eugen und zeitweilig hat sich noch in der vorigen Generation Serbien aufs engste an Österreich angeschlossen[1]). Österreich verschaffte ihm auf dem Berliner Kongreß Gebiete, die Rußland eigentlich Bulgarien zuweisen wollte, und König Milan bot einmal kurzer Hand dem österreichischen Kaiser an, ihm sein Königreich zu verkaufen. Kein geringerer als der ermordete Thronfolger Franz Ferdinand

[1]) Vgl. meine Untersuchung „Serbien, Österreich und Rußland“ in „Deutschland und die Schuldfrage“. Verl. f. Politik u. Wirtschaft, 2. Aufl. 1923.

trug sich mit dem Gedanken, die Sehnsucht der Südslaven zu erfüllen und den bisherigen deutsch-magyarischen Dualismus im Habsburger Reich in ein trialistisches und föderatives System überzuführen, wo auch den Südslaven der Wunsch nationaler Selbständigkeit hätte erfüllt werden können. Franz Ferdinand erregte mit solchen Tendenzen den Widerspruch der Magyaren und es wäre ihm gewiß nicht leicht geworden, diesen Widerspruch zu überwinden. Jedenfalls aber war er kein Feind der Südslaven und hat sich um ihretwillen den Haß der Magyaren zugezogen. In Serbien aber hatte man den Gedanken eines Zusammenschlusses mit Österreich bereits so gut wie vollständig fallen lassen und den entgegengesetzten Weg eingeschlagen, nämlich die südslavischen Gebiete mit Gewalt aus dem österreichisch-ungarischen Staatskörper herauszureißen und sie mit dem Königreich Serbien zu vereinen. Wie konnte sich das kleine Serbien eines solchen Unterfangens erkühnen? Der Gedanke konnte nicht nur nicht ausgeführt, sondern kaum gefaßt werden ohne die Aussicht auf die Hilfe einer anderen Macht, die Aussicht auf Rußland. Das serbische Streben begegnete sich ja mit dem russischen Plan, die kleineren Slavenvölker selbständig zu machen und ihre Hilfe für das große Ziel der Eroberung Konstantinopels zu gewinnen. Wir haben heute die urkundlichen Beweise, wie die russischen Minister und Diplomaten und der Zar selbst die Serben immer wieder vorwärts getrieben und sie auf die Beute, die sie sich in Österreich holen könnten, hingewiesen haben. Im Januar 1914 hatte der serbische Ministerpräsident Paschitsch eine Audienz beim Zar Nikolaus, wo er ihm das Programm des großserbischen Reiches ausführlich entwickelte und für den serbischen Kronprinzen eine der Töchter des Zaren als Gemahlin erbat, die dann die Zarin des südslavischen serbisch-kroatischen Reiches werden würde. Der Zar stimmte zu und versicherte Paschitsch zum Schluß, daß er für Serbien alles tun werde[2]). Einige Wochen darauf (21. Febr. 1914) fand eine russische Ministersitzung statt, in der beraten wurde, in welcher Art der Angriff auf Konstantinopel auszuführen sei. Ein Memorandum wurde zugrunde gelegt, in dem es heißt: „unsere

---

[2]) Paschitschs' Bericht über diese Audienz ist vom 2. Februar 1914 und steht in Boghitschewitsch (serbischer Geschäftsträger in Berlin) (Zürich, Orell Füßli 1919) „Kriegsursachen" im Urkunden-Anhang. Verteidiger Serbiens haben die Beweiskraft dieses Dokuments abzuschwächen gesucht mit der Wendung, daß der Zar die Bewerbung des Serben um eine Zarentochter nicht bewilligt, sondern abgelehnt habe. Diese angebliche Ablehnung besteht darin, daß der Zar gesagt hat, er

historische Aufgabe bezüglich der Meerengen besteht in der Ausdehnung unserer Herrschaft über dieselben", und der Minister des Auswärtigen Sasonof führte aus, daß die Aktion gegen die Meerengen außerhalb eines europäischen Krieges (d. h. also gegen Deutschland und Österreich) nicht unternommen werden könne, und daß dabei die Serben ihre ganze Macht würden gegen Österreich richten müssen. Nachdem Serbien im ersten Balkankriege (1912/13) sich fast ums doppelte vergrößert hatte, faßte man hier mit um so größerer Zuversicht den neuen Waffengang gegen Österreich ins Auge. Alle Parteien waren darin einig. Die Presse erging sich in den leidenschaftlichsten Anklagen gegen Österreich, und die groß-serbische Agitation durchzog die südslavischen Provinzen der Habsburgischen Monarchie mit steigendem Erfolg. Gegen die hohen österreichischen Beamten folgte ein Attentat nach dem anderen.

Was sollte Österreich gegen diese Bedrohung seines Daseins tun? Es schlug den Weg ein, daß es versuchte, Serbien durch politische und wirtschaftliche Pression dahin zu bringen, daß es sich wieder wie unter der Dynastie Obrenowitsch der österreichischen Politik anschloß. Aber eine solche Pression hätte nur dann Erfolg haben können, wenn man gleichzeitig den Serben die Hoffnung, auf die sie ihre anti-österreichische Politik begründeten, hätte nehmen können. Das war nicht möglich; die russischen Diplomaten regten die serbischen Hoffnungen immer von neuem an, und die Schikanen und Zollschranken, mit denen die Österreicher den serbischen Export und den serbischen Handel schädigten, hatten nur den Erfolg, alle Klassen, Stände und Berufe des serbischen Volkes mit dem gleichen Haß gegen die Nachbarmonarchie zu erfüllen. Man sagt wohl, Habsburg hätte die entgegengesetzte Politik befolgen und den Serben wie in früheren Zeiten Wohltaten erweisen, namentlich ihnen einen Hafen am Adriatischen Meer verschaffen sollen. Aber est ist klar, daß die Serben die größere wirtschaftliche Unabhängigkeit, die sie damit gewonnen hätten, nur benutzt haben würden, um sich um so besser gegen Österreich zu wappnen. Es ist eine ganz abwegige Unterschätzung des serbischen

habe das Prinzip, seinen Kindern die Entscheidung des Herzens zu überlassen. Da er aber gleichzeitig den Bewerber in allen Tönen lobt, und Paschitsch schließt mit einem Jubelruf über die zukünftige Zarin des serbisch-kroatischen Volkes, so ist es klar, daß es sich um nichts als um die taktvolle Form einer Zusage handelt. Der Zar hätte doch auf die diplomatische Ankündigung einer zukünftigen Werbung nicht sofort mit einem endgültig bindenden Ja antworten können.

Volkstums und des serbischen Nationalgedankens, zu glauben, daß die ganze Bewegung ihre Wurzel überhaupt nur in der schikanösen österreichischen Grenzpolitik gehabt habe. Gewisse Tendenzschriftsteller haben sich sogar zu der Behauptung verstiegen, die ganze großserbische Bewegung als eine Frucht des magyarischen Agrariertums zu bezeichnen, das sich die serbische Konkurrenz vom Leibe zu halten wünschte. Unzweifelhaft haben die magyarischen Großgrundbesitzer die gegen die Serben gerichtete Zollpolitik aus Standes-Egoismus lebhaft unterstützt und dadurch viel zur Verschärfung der Gegensätze beigetragen. Aber dieser Zollkrieg ist immer nur ein sekundäres, verschärfendes Moment. Der wahre, der tiefer liegende Gegensatz ist der nationale, und eben deshalb war es so schwer, ihn zu überwinden. „Wir wollen nicht, daß Österreich gut regiere, sondern daß es gehe", hatten die Italiener 1859 in der Lombardei gesagt, und ganz so dachten jetzt die Serben. Österreich mochte sich freundlich oder feindlich zu ihnen stellen, beide Wege führten ins Verderben, wenn es nicht gelang, eine so radikale Änderung der serbischen Politik herbeizuführen, daß die Serben selber suchten, ihr zukünftiges Heil im Anschluß an die Habsburgische Monarchie zu finden.

1909, nach der Annexions-Krisis, brachte man Serbien so weit, daß es feierlich versprach, sich künftig freundlich zu Österreich zu stellen. Aber keinen Augenblick hielt es dieses Versprechen, und die serbische Regierung duldete die offenen und geheimen Vereine, die die Propaganda gegen Österreich betrieben und den zukünftigen Krieg vorbereiteten.

Ein Machtwort, ja ein bloßer Wink von Petersburg hätte diese Bewegung gebremst, sie wenigstens für absehbare Zeit zur Ruhe gebracht. Aber man hatte in Petersburg begriffen, daß keine Zeit zu verlieren sei, wenn man auf die großen Pläne nicht überhaupt Verzicht leisten wollte. Das Komplott mit Serbien war fertig, nur daß noch kein Termin für die Ausführung bestimmt war. Mehr als höchstens einige Jahre aber durfte man nicht vergehen lassen. Denn der Plan war aufgebaut auf das Bündnis Rußlands mit Frankreich. Ursprünglich war dieses Bündnis tatsächlich nur defensiv gewesen. Dann war es 1899 erweitert worden auf die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, was man ganz beliebig auslegen konnte. Noch 1909 hat Frankreich sich geweigert, sich wegen einer Balkanfrage in einen russisch-österreichischen Konflikt hineinziehen zu lassen: das französische Volk, hatte man damals gesagt, würde eine solche Politik nicht verstehen. Dann aber war ein Umschwung eingetreten. Als der Abgeordnete Poin-

caré im Jahre 1912 Minister des Auswärtigen geworden war, verständigte er die Russen dahin, daß sie unter allen Umständen bei der Politik, die sie machen würden, Frankreich an ihrer Seite finden würden. Da Deutschland so unklug gewesen war, durch seine Flottenpolitik auch England auf die Seite der Entente zu treiben, so fühlte man sich des Sieges über die Mittelmächte vollkommen sicher. Eine Zeitlang schwankte die öffentliche Meinung. Als im Jahre 1913 eine neue Präsidentenwahl anstand, nominierte die Kriegspartei Poincaré, die Friedenspartei Pams, und es bedurfte mehrerer Wahlgänge, bis Poincaré gewählt wurde. Das war die Wende des Welten-Schicksals. Nicht mit Unrecht hatte der russische Botschafter in Paris Iswolski nach Hause gemeldet: „Wenn, was Gott verhüten möge, Poincaré durchfällt, so ist das für uns eine Katastrophe". Mit anderen Worten, Rußland hätte den Plan der Eroberung Konstantinopels und des Weltkrieges fallen lassen müssen. Aber mit Hilfe russischen Geldes, das reichlich an die großen französischen Zeitungen und Politiker verteilt wurde, wurde Poincaré gewählt und Poincaré zeigte sofort, in welcher Richtung er das Schiff der französischen Politik zu steuern gedenke: in der ersten Viertelstunde seiner Präsidentenschaft ließ er durch den neuen Minister des Auswärtigen, den er ernannte, den bisherigen französischen Botschafter in Petersburg, Louis, der friedensfreundlich gesinnt war, abberufen und ihn durch Delcassé, der schon 1899 die Erweiterung des Bündnisses durchgesetzt hatte, ersetzen. Dann machte Poincaré selbst eine Reise nach Petersburg, und es folgte das Gesetz, wodurch die Dienstzeit in der französischen Armee ausnahmslos von zwei auf drei Jahre verlängert wurde. Das war eine Last, die das französische Volk unmöglich längere Jahre hintereinander tragen konnte; sie belastete nicht nur die französische Volkswirtschaft auf eine ungeheuerliche Weise, sondern es mußte auf die Dauer auch die französische Bildung erdrücken, wenn alle jungen Männer genötigt waren, drei volle Jahre in der Kaserne zuzubringen.

Es gab also für Rußland zwei Erwägungen, die dazu drängten, die Krisis in nicht zu langer Zeit herbeizuführen. Einmal die Rücksicht auf Frankreich, wo die Opposition gegen die dreijährige Dienstzeit eine Änderung der ganzen politischen Einstellung herbeiführen konnte, und zweitens der Blick auf die Türkei, wo die Bahnbauten und die Europäisierung der Armee und der Verwaltung von Jahr zu Jahr die Widerstandskraft erhöhten. Überdies ließ Poincaré ausdrücklich sagen, es sei ratsam, das gemeinsame russisch-französische Ziel zu verfolgen, während er selbst

Präsident sei. Er machte die Politik über den Kopf seiner Minister hinweg in persönlichem Verkehr mit dem Botschafter Iswolski[3]).

Mit England hatte man sich so weit geeinigt, daß zwar kein eigentlicher Vertrag geschlossen war, aber der englische Minister des Auswärtigen, Grey, gab dem russischen Minister Sasonof bei einer Zusammenkunft in Balmoral im September 1912 die Versicherung, daß wenn es zum Kriege komme „England alles daran setzen würde, um der deutschen maritimen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen", und den Franzosen gab man Zusicherungen, die ihnen „im Fall eines Ereignisses, das den allgemeinen Frieden bedrohe", die englische Waffenhilfe in Aussicht stellten, versprach Schutz ihrer Nordküste gegen die deutsche Flotte und traf strategische Vereinbarungen.

Der deutsche Kaiser wie das deutsche Volk waren sich der Gefahr, in der sie schwebten, nicht bewußt. Zwar gab es der drohenden Anzeichen genug. Die russische Armee wurde in der ungeheuerlichsten Weise vermehrt und der einflußreichste Mann in Rußland, der Großfürst Nicolai Nicolaiewitsch, der zukünftige Oberbefehlshaber, demonstrierte ganz offen in Frankreich an der deutschen Grenze. Die offiziöse russische Presse schrieb: „Rußland ist bereit, Frankreich muß es auch sein". Die französische Presse gab das Echo dazu. Die maßgebende englische Presse war fast durchweg deutschfeindlich. Man überhörte in Berlin diese Stimmen nicht so ganz, aber man traute den Gegnern den großen Entschluß doch nicht eigentlich zu. Es hätte einen Bundesgenossen gegeben, den man wohl hätte gewinnen können, aber man verschmähte ihn: ich möchte diesen Bundesgenossen die Weltstimmung nennen. Deutschland hätte es mit Bewußtsein darauf anlegen müssen, zu zeigen, daß es mit seiner gewaltigen Macht niemand zu vergewaltigen beabsichtige und niemanden bedrohe. Es hätte die fremden Volkssplitter im Reichskörper, die Polen und Dänen, völlig ungekränkt in ihrer Nationalität und Sprache leben lassen sollen und immer wieder betonen, daß Deutschland nicht der Feind, sondern der Hort der kleineren Nationalitäten sei. Statt dessen machte sich in Deutschland, wie nicht zu bestreiten ist, ein Geist der nationalen Überheblichkeit geltend, der in dem sogenannten Alldeutschtum alle anderen

[3]) Über Iswolskis Treiben in Paris und sein Zusammenwirken mit Poincaré sind wir jetzt sehr gut informiert durch die Sammlung und Herausgabe der Berichte des russischen Botschafters: „Iswolski und der Weltkrieg" von Friedrich Stieve, Berlin 1924.

Völker reizte und mit Sorge erfüllte. An der deutschen Schulpolitik im deutsch-polnischen und deutsch-dänischen Gebiet hatte man ein System nationaler Intoleranz vor Augen, das mit Widerwillen erfüllte. Auch der Kaiser selbst erging sich sehr gern in Redewendungen, die die andern Völker erschreckten, statt sie zu gewinnen. Der schwerste aller Fehler aber war, wie schon berührt, der forcierte Bau der großen Schlachtschiffe, durch die sich England aufs äußerste beunruhigt fühlte. Zwar blieb die englische Flotte immer noch weit überlegen, aber die unbedingte Sicherheit in der Beherrschung der See war der Lebensnerv des englischen Weltreichs und man empfand es nicht nur als eine Last, in Konkurrenz mit den Deutschen die eigene Seerüstung immer mehr verstärken zu müssen, sondern überlegte auch, daß bei einer veränderten Welt-Kombination die deutsche Flotte vielleicht einmal Bundesgenossen finden könne, so daß England direkt bedroht wurde. Die britischen Inseln waren verloren, wenn ihnen für einige Monate die Lebensmittel-Zufuhr abgeschnitten wurde. Die englischen Staatsmänner selbst machten uns darauf aufmerksam, daß ihre Freundschaft in diesem Punkte empfindlich sei. Der Kaiser aber und der Großadmiral Tirpitz glaubten, daß wenn eine gewisse Gefahrzone erst durchschritten sei, die Engländer sich nicht mehr trauen würden, mit uns anzubinden, was sie, wie schon gesagt, den Risiko-Gedanken nannten. Der Kronprinz sah in diesem Punkt schärfer und schreibt in seinen „Erinnerungen“, man hätte sich doch wohl sagen müssen, daß die Engländer es bis zu dem Punkt, wo sie uns nicht mehr angreifen konnten, nicht kommen lassen, sondern suchen würden, uns vorher den Garaus zu machen. Es ist erschütternd, in den „Ereignissen und Gestalten“ Kaiser Wilhelms zu lesen, wie er sich über diese Besorgnis hinwegtäuschte. Der Hamburgische Senator Dr. Burchard setzte ihm auseinander, wenn man auf die englische Warnung höre, so gäbe damit das deutsche Volk sein Selbstbestimmungsrecht preis; es dürfe niemals geduldet werden, daß ein fremder Staat sich erdreiste, bei uns dreinreden zu wollen. Wenn es schon als eine „Dreistigkeit“ bezeichnet wird, daß die Engländer uns in freundschaftlichem Tone warnten, was würde man gesagt haben, wenn sie sich unseren Feinden anschlossen, ohne uns zu warnen? So gewiß der deutsche Dreadnoughtbau, wie oben dargelegt, kein Beweis ist, daß Deutschland den Weltkrieg vorbereitete, sondern das Gegenteil, so ist er doch in der Kausalität des Weltkrieges als eines der wichtigsten, vielleicht das allerwichtigste Moment anzusehen, denn er erfüllte die Engländer mit einer Sorge um ihre Zu-

kunft, die den Gedanken eines Präventivkrieges in ihnen erweckte und den russisch-französischen Angriffswillen aktiv machte.

Man streitet in Deutschland noch heute, ob es der Flottenbau oder ob es das unerhörte Aufblühen der deutschen Volkswirtschaft und die Konkurrenz, die sie den Engländern bereitete, gewesen sei, die uns England zum Feinde gemacht haben. Die Antwort ist, daß den Kreisen der englischen Geschäftswelt, die sich durch die deutsche Konkurrenz bedrängt fühlten, andere gegenüberstanden, die aus dem Aufblühen Deutschlands ihrerseits den größten Vorteil zogen, und dem Grundsatz huldigten: wenn mein Kunde wohlhabend ist, so ist das für mich ein Gewinn. Deutschland war für England nicht bloß eine Konkurrenz, sondern auch ein sehr großes Absatzgebiet, und wenn die englische Industrie auf manchen Gebieten mit der deutschen nicht mehr mitkam, so machte das nicht viel aus, da England sich aus einem Industrieland mehr und mehr zu einem Bankierland umstellte. Der russische Botschafter in London bezeugt ebenso wie viele andere Stimmen, daß bei dem Eintreten der Krisis die öffentliche Meinung anfänglich noch sehr unsicher war, ob England in den Kampf eintreten oder neutral bleiben solle. Den Ausschlag gab erst der deutsche Einmarsch in Belgien. Wohlgemerkt, er gab nicht etwa den Ausschlag für das Verhalten der Regierung und im besonderen des Außenministers Grey, die von vornherein für die sofortige Teilnahme am Kriege gegen Deutschland entschlossen waren, sondern für die öffentliche Meinung, ohne die die englische Regierung ihren Entschluß nicht hätte durchführen können.

Über die Auffassung, die Kaiser Wilhelm im Sommer 1914 von der Weltlage hatte, sind wir ganz genau und intim unterrichtet durch die Aufzeichnung, die sein Begleiter von Treutler dem Auswärtigen Amt über den Besuch beim Erzherzog Thronfolger auf dessen Schlosse Konopischt am 12. und 13. Juni 1914 einreichte. In den Ententeländern ist noch heute die Vorstellung verbreitet, daß bei dieser Gelegenheit die beiden hohen Herren den Weltkrieg verabredet hätten, und die Teilnehmer eines wissenschaftlichen Kongresses in Prag machten einen Ausflug nach Konopischt, um sich den Ort anzusehen, wo das gräßliche Komplott einst zustande gekommen sein sollte. In Wahrheit ersieht man aus der Treutlerschen Aufzeichnung[4]), die durch die Wiedergabe von der anderen Seite, dem Erzherzog, kontrolliert wird, daß die beiden Fürsten nicht nur keinen Krieg wollten,

[4]) Abgedruckt in Montgelas' Leitfaden zur Kriegsschuldfrage S. 191. Dazu deutsche Dok. Bd. I S. 5.

sondern nicht einmal an ihn glaubten. Sie meinten, Rußland sei jetzt nicht kriegsbereit, und der Erzherzog wünschte die Wiederherstellung des Drei-Kaiser-Bündnisses. Der Kaiser redete ihm zu, seinen Einfluß geltend zu machen, daß die Ungarn die kleineren Nationalitäten ihres Reiches, also auch die Serben weniger hart behandelten, und das traf ganz mit den eigenen Bestrebungen des Erzherzogs überein. Eine pazifistischere Konferenz hat niemals stattgefunden, aber auch wohl schwerlich je eine, wo man sich über die eigene und die Weltlage mehr getäuscht hätte.

Wir wissen schon, daß man im Außenministerium in Wien die Lage nicht so harmlos ansah, sondern sich sehr ernstlich mit der Frage beschäftigte, ob man nicht den serbischen Brand austreten müsse, ehe er das Haus in Flammen setze.

Indem man noch mit dieser Frage beschäftigt war, wurde der Erzherzog, dessen ganze Bestrebungen und Bemühungen auf Aussöhnung mit den Serben gerichtet waren, vierzehn Tage nach der Konferenz von Konopischt mitsamt seiner Gemahlin von fanatischen Bosniaken in Serajewo in Bosnien ermordet (28. Juni).

Die meisten Untersuchungen über die Schuld am Weltkriege setzen erst mit diesem Ereignis ein und fragen, ob die Schritte, die Österreich und Deutschland nunmehr unternahmen, klug und gerechtfertigt gewesen seien oder nicht, und was auf der anderen Seite Petersburg, Paris und London getan hätten, oder hätten tun sollen.

Jede einzelne dieser Handlungen kann aber richtig verstanden werden nur im Zusammenhange mit der allgemeinen Lage, der Vorgeschichte und den Bestrebungen der einzelnen Staaten, wie sie eben dargelegt sind. Die weit verbreitete Schrift Kautskys z. B. „Wie der Weltkrieg entstand“, die Deutschland so unermeßlich geschadet hat, hat diesen Eindruck nur erwecken können, weil der Verfasser es unterlassen hat, das prinzipielle Verhältnis Serbiens zu Österreich heranzuziehen und darzustellen. Er begnügt sich damit, beiläufig zu sagen, daß Serbien für Österreich ein unbequemer Nachbar gewesen sei; daß aber Serbien, von Rußland unterstützt, in eifriger und erfolgreicher Arbeit begriffen war, Österreich zu zerstören, wird dem Leser nicht verraten. Der Eindruck also ist, daß die österreichische Politik völlig sinnlos oder höchstens getrieben von Herrschsucht und Ehrgeiz handelte, und in immer wiederholten Scheltworten „schamlos“, „frech“, „skrupellos“ und „unsagbar dumm“, „Dummpfiffigkeit“, „Verlogenheit“, „Leichtfertigkeit“ und „Hartnäckigkeit“ wird dieser Eindruck dem Leser eingehämmert. Während Österreich nicht

nur seine Weltstellung und seine Integrität, sondern seine Existenz verteidigte, erscheint es in der Rolle eines frivolen Abenteurers und Angreifers. Manchen, wie auch mir selbst, erscheint es noch sehr fraglich, ob die Jugoslaven wirklich eine Nation sind und ein moraliches Recht auch auf die gewaltsame Schaffung eines selbständigen Nationalstaates hatten. Wenn man aber diesen serbischen Anspruch anerkennt, so muß man auch ehrlicherweise zugestehen, daß die Offensive, aus der der Weltkrieg entsprang, von Serbien ausgegangen ist und daß alle Handlungen Österreichs unter dem Gesichtspunkt der Defensive gewertet werden müssen. In sehr beachtenswerter Weise hat das jüngst auch der französische Pazifist Prof. Victor Basch in seiner vor den Berliner Pazifisten gehaltenen Rede ausgesprochen. Er hat kaum verhüllt zugegeben, daß Österreich nicht anders handeln konnte, als es getan hat, wenn es nicht Selbstmord begehen wollte. Bei dem unliebsamen Aufsehen, das Basch' Auftreten im übrigen erregt hat, hat man dieses wichtige Zugeständnis ganz überhört[5]). Ganz unrichtig ist es bei dieser Sachlage auch, die Schritte, die Österreich gegen Serbien unternahm, anzusehen bloß als eine Bestrafung für den Fürstenmord oder als eine Genugtuung, die sich Österreich habe verschaffen müssen, und dann zu fragen, ob die geforderte Strafe sich innerhalb berechtigter Grenzen gehalten habe, oder ob es überhaupt zulässig sei, ein ganzes Volk zu bestrafen für eine Untat Einzelner. Mit einer bloßen Züchtigung Serbiens war Österreich nicht gedient und durfte es sich nicht begnügen, sondern was es wollte und wollen mußte, war die Beseitigung oder wenigstens wesentliche Einschränkung der Gefahr, mit der das serbische Treiben Österreich am Leben bedrohte; und weil die Existenz eines starken Österreich auch, nach der Meinung aller deutschen Staatsmänner seit Bismarck, eine Lebensbedingung für Deutschland war, so stellte sich das deutsche Reich in dieser Krisis hinter die Politik Österreichs. Wie die Verschwörung von Konopischt, so wird auch die Fabel von dem österreichisch-deutschen Kriegsrat, in dem am 5. Juli in Potsdam der Weltkrieg beschlossen sein soll, allmählich nicht bloß aus der historischen, sondern auch aus der Tendenzliteratur verschwinden. Der tatsächliche Vorgang war einfach, daß der österreichische Kaiser durch eine besondere Mission, den Grafen Hoyos, dem deutschen Kaiser seine Absicht in bezug auf Serbien mitteilte, ihn fragte, ob er auf seine Unter-

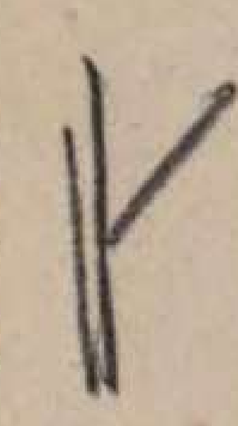
---

[5]) Ich habe das in der „Friedenswarte“ (herausgegeben von H. Wehberg), Drittes Heft 1924 S. 321, ausführlicher dargelegt.

stützung rechnen dürfe und die Zusage erhielt. Man hört diese Zusage häufig als eine Blankovollmacht bezeichnen; der Ausdruck ist aber irreführend. Wilhelm II. und sein Reichskanzler ließen vielmehr den Kaiser Franz Joseph nur wissen, daß sie in dieser Krisis als treue Bundesgenossen zu ihm stehen würden, daß aber Wien seine Politik selber zu bestimmen habe. Damit hatte Deutschland in sehr geschickter Weise seine Stellung genommen. Österreich war ermutigt, sich den serbischen Dorn aus dem Fleisch zu ziehen, und wenn, wie man voraussah, das zu einer europäischen Krisis führte, so hatte Deutschland freie Hand, um zu vermitteln. Nichts wäre verkehrter gewesen, als wenn Deutschland verlangt hätte, von jedem Schritt der österreichischen Politik benachrichtigt und um seine Zustimmung angegangen zu werden. Denn wenn diese Zustimmung einmal erteilt war, war Berlin gebunden und hatte nicht mehr die Freiheit einer Vermittlerstellung.

Die Frage war nun, wie weit Österreich seine Forderungen treiben dürfe, ohne Rußland auf den Plan zu rufen und damit den Weltkrieg zu entzünden. Man muß sich vor Augen halten, daß diese Aufgabe überaus schwer war. Österreichs ideales Ziel war, Serbien als selbständige Macht auf dem Balkan auszuschalten. Wenn das gelang, so war Österreichs Existenz und der Weltfriede auf lange Zeit hinaus gesichert. Aber konnte man erwarten, daß Rußland sich das gefallen lassen würde? Mit bloßen Entschuldigungen und Versprechungen wiederum konnte Österreich sich unmöglich zufrieden geben. Vor fünf Jahren 1909, hatte Serbien alle Versprechungen gegeben, die man nur wünschen konnte, aber nichts davon gehalten. Man kam also in Wien zu dem Schluß, daß es ohne eine kriegerische Aktion, die den Serben einen sehr schweren Schlag versetzte, der serbischen Armee, dem Hauptsitz des serbischen Nationalismus, womöglich eine Niederlage bereite, nicht abgehe. Dann dachte man, Serbien in der Art zu schwächen, daß es erhebliche Gebiete an Albanien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien abtrete, während Österreich selbst auf Erwerbungen verzichtete oder sich mit einigen Grenzberichtigungen begnügte. Daß es sich tatsächlich hiermit begnügt haben würde, dafür bürgten die Ungarn, die jede Vermehrung der slavischen Staatsbürger in der Doppelmonarchie abwiesen. Um den kriegerischen Konflikt herbeizuführen, beschloß man, zunächst so starke Forderungen zu stellen, daß ihre Annahme durch Serbien so gut wie ausgeschlossen war. Es trifft deshalb nicht die Sache, wenn man dem österreichischen Ultimatum vorwirft, daß es zu scharf gewesen sei. Italien und England haben noch jüngst viel schärfere Ultimaten

an schwache Staaten gestellt. Richtig formuliert müßte der Vorwurf, wenn es einer ist, lauten, daß Österreich die kriegerische Aktion gegen Serbien hätte unterlassen sollen. Ob das Ultimatum etwas mehr oder weniger scharf war, war sachlich gleichgültig.



Die Antwort des serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch war ein diplomatisches Meisterstück. In sehr bescheidenem Ton schien er die österreichischen Forderungen fast sämtlich anzunehmen, ließ aber allenthalben kleine Hintertürchen und lehnte namentlich den Hauptpunkt, daß die Untersuchung des Attentats an dem Erzherzog unter Zuziehung von österreichischen Beamten geführt werden solle, als mit den serbischen Gesetzen unvereinbar ab, und da die serbische Regierung in den fast vier Wochen seit dem Morde durchaus nichts getan hatte, das Verbrechen aufzuhellen, so war gerade diese Forderung des Ultimatums moralisch nur zu sehr gerechtfertigt; freiwillig haben auch Staaten z. B. Österreich-Ungarn selbst gegenüber Serbien, als der serbische Fürst Michael ermordet war, solche Verpflichtung angeboten, und insofern hätte die serbische Regierung gerade diese Klausel recht gut annehmen können. Aber vertragsmäßig auferlegt war es ein so starker Eingriff in die serbische Souveränität, daß Paschitsch vor seiner eigenen öffentlichen Meinung die Zustimmung zu ihr nicht wagte. Der Eindruck des Ultimatums (23. Juli) und der serbischen Antwort (25. Juli, abends 6 Uhr) war also in der Welt, daß Österreich provozierend viel gefordert und Serbien friedliebend nachgegeben habe. Österreich aber erklärte seinem Plane gemäß, die Antwort für ungenügend und erklärte Serbien den Krieg (28. Juli).

In demselben Augenblick hatte Deutschland bereits mit seiner Vermittlungstätigkeit eingesetzt. Daß Österreich gegen Serbien kriegerisch vorgehe, hatte Deutschland gebilligt und sogar dazu getrieben. Nunmehr aber wünschte es die kriegerische Aktion und die daraus sich ergebenden politischen Abwandlungen derart einzuschränken, daß Österreich seinen Zweck einigermaßen erreichte und Rußland sich damit abfand und sich des kriegerischen Eingreifens enthielt. Man schlug also vor, daß die Österreicher Belgrad besetzten, und als Faustpfand vorläufig behielten, dann aber nicht weiter vorgingen.

England schloß sich diesem Vorschlag an.

Dem Grafen Berchtold aber genügte ein solcher Kompromiß nicht. Er erklärte am 31. Juli im Ministerium[6]): „Wenn die Aktion jetzt nur mit einem Prestigegewinn endete, so wäre sie seiner Ansicht nach ganz umsonst unternommen worden. Wir hätten von

[6]) Österr. Rotbuch III S. 76.

einer einfachen Besetzung Belgrads gar nichts, selbst wenn Rußland hierzu seine Einwilligung geben würde. Alles dieses wäre nur Flitterwerk, Rußland würde als Retter Serbiens und namentlich der serbischen Armee auftreten. Letztere würde intakt bleiben, und wir hätten in zwei bis drei Jahren wieder einen Angriff Serbiens unter viel ungünstigeren Bedingungen zu gewärtigen.“ Berchtold suchte also mit allerhand diplomatischen Listen, Zweideutigkeiten und Schwindeleien sich der deutschen Vermittlung zu entziehen, versprach, die serbische Integrität nicht antasten zu wollen, behielt aber doch Grenzberichtigungen vor und suchte einer Verpflichtung auf die serbische Souveränität zu entgehen.

Es ist kaum der Mühe wert, alle die einzelnen Wendungen der verschiedenen Staatsmänner in Wien, Berlin, Petersburg, London, Rom, Paris zu verfolgen, um dann darüber zu streiten, ob dieser oder jener Zug klug oder unklug, ehrlich oder unehrlich gewesen sei oder nicht. Diese Art der Diskussion klärt nicht auf, sondern verdunkelt, denn sie verschleiert die Hauptsache, daß nämlich, wie wir heute wissen, der österreichische und der russische Standpunkt, so wie wir diesen heute kennen, von vornherein unausgleichbar waren. Auch wenn Graf Berchtold sehr viel gemäßigter und ohne jede diplomatische Hinterhältigkeit gehandelt hätte; für die Russen hätte er doch noch immer viel zu viel verlangt, denn was er wollte und wollen mußte, wenn nicht der österreich-ungarische Staat bei seinen eigenen Völkern alle Autorität verlieren und sich selber zum Tode verurteilen sollte, das war eine so starke Demütigung und Fesselung Serbiens, daß es an seinen großen Zukunftshoffnungen verzweifelte oder sie wenigstens zunächst als praktisch unausführbar erkannte. Gerade das aber wollten die Russen nicht. Nicht aus Liebe zu dem kleinen Slavenbruder, wie es der Öffentlichkeit vorgegaukelt und ihr suggeriert wurde, sondern um bei dem zu entfesselnden Kampf um den großen Siegespreis Konstantinopel die so sehr wertvolle serbische Hilfe nicht zu entbehren. Ließ man Serbien jetzt fallen, so war zu erwarten, daß der slavistische Gedanke auch bei den Tschechen seine Kraft verlieren und auch diese sich mit Österreich aussöhnen würden. Schon einige Tage vor der Überreichung des österreichischen Ultimatums in Belgrad hatte Sasonoff sich zu dem italienischen Botschafter in Petersburg dahin geäußert, „Rußland würde es nicht dulden können, daß Österreich-Ungarn Serbien gegenüber eine drohende Sprache führe oder militärische Maßregeln treffe“[7]). In Berlin hielt man diese und ähnliche Warnungen

[7]) Nach dem Bericht von Pourtalès an den Reichskanzler vom 21. Juli. D. Dokumente Nr. 120.

für Bluff und glaubte nicht, daß Rußland Ernst machen werde. Man hielt sie ja auch noch nicht für ganz kriegsbereit[8]). In den Jahren vorher hatte Berlin Wien zurückgehalten aus Furcht, daß ein Kampf gegen Serbien die allgemeine Konflagration entzünden werde. Jetzt hielt man es nicht für wahrscheinlich, daß es dazu kommen werde, einmal weil gerade in den letzten Monaten eine gewisse Annäherung an England stattgefunden hatte, ganz besonders aber, weil es moralisch unmöglich schien, daß der Zar die Bestrafung eines Fürstenmordes zum Anlaß des Einschreitens nehmen werde. Der deutsche Botschafter in Petersburg wies die Russen immer von neuem darauf hin, und konnte, wie die Folgen gelehrt haben, mit Recht hinweisen auf die Solidarität der monarchischen Interessen, die bei diesem Konflikt im Spiel sei. Auch in Petersburg war die vornehme Gesellschaft wohl im ersten Augenblick entrüstet gewesen über das gräßliche Verbrechen von Serajewo, aber schließlich waren die Russen ja dergleichen nur zu sehr gewöhnt und alle Entrüstung trat vor dem großen nationalpolitischen Zweck, der bedroht war, zurück.

Nicht nur Kaiser Wilhelm und die deutschen Staatsmänner, sondern auch die leitenden Männer in Wien hielten die Gefahr nicht für so dringend, sondern glaubten mehr oder weniger sicher, daß Rußland schließlich nachgeben werde. Graf Berchtold schrieb an seinen Botschafter, den Grafen Szapary, in Petersburg, er sei sich der Möglichkeit des Zusammenstoßes mit Rußland natürlich bewußt, aber der Situation, daß ein russischer Freibrief Serbien die dauernde ungestrafte und unstrafbare Bedrohung der Monarchie ermöglichte, müsse notwendig ein Ende gemacht werden. Man müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß Rußland von vornherein zum Kriege entschlossen sei, „es wäre aber immerhin möglich, daß Rußland die gegebene Gelegenheit als eine Verlegenheit empfinde, daß es nicht so angriffslustig und kriegsbereit sei, wie die „Nowoje Wremja“ und die „Birschewija Wjedomosti“ es glauben machen wollen und wie es Herr Poincaré und Herr Iswolski vielleicht wünschen mögen. Es wäre denkbar, daß Rußland nach der eventuellen Ablehnung unserer Forderungen durch

[8]) In Konopischt, am 13. Juni, hat Wilhelm gemeint, daß Rußland nicht kriegsbereit sei. Als er nach Berlin zurückkehrte, wurde ihm der officiöse Artikel der „Birschevija Wjedomosti“ vorgelegt (D. D. I S. 1) mit der Überschrift „Rußland ist fertig, Frankreich muß es auch sein“. Der Kaiser versah den Artikel mit Randbemerkungen, die nicht etwa darauf hinausliefen, daß Deutschland jetzt einen Präventiv-Krieg führen müsse, sondern nur, daß verstärkte Rüstungen und erhöhte Steuern notwendig seien, was beides erst 1915/16 wirksam werden konnte.

Serbien und angesichts der sich für uns ergebenden Notwendigkeit eines bewaffneten Vorgehens, mit sich selbst zu Rate ginge und daß es sogar gewillt sein könnte, sich von dem Aufbrausen des slavischen Solidaritätsgefühls nicht mitreißen zu lassen." Scheint hier die Hoffnung Berchtolds auf Vermeidung des Weltkrieges nicht gerade groß, so war sie in Berlin von Anfang an erheblich stärker und man rechnete um so mehr darauf, den Konflikt lokalisieren zu können, als man ja mit der Kompromißformel „halt in Belgrad" eine Wendung gefunden zu haben glaubte, die auch Rußland akzeptieren würde. Auf den Grafen Berchtold fällt nun der Vorwurf, daß er diese Formel nicht auf der Stelle akzeptierte und Berlin mit Bewußtsein hingehalten hat. Der österreichische Botschafter in Petersburg gab zwar die Erklärung ab, daß Österreich nicht die Absicht habe, serbisches Territorium an sich zu bringen und auch nicht gedächte, die Souveränität Serbiens anzutasten (28. Juli, wiederholt am 29. Juli), aber man vermied eine Festlegung auf das von Berlin und London vorgeschlagene „Halt in Belgrad". Das eigentliche Mittel, wodurch Berchtold seinen politischen Zweck zu erreichen gedachte, war ja ein Erfolg über die serbische Armee. Als Bethmann auf Grund eines Mißverständnisses glaubte, daß Wien weitere Verhandlungen mit Rußland überhaupt ablehne, ging er so weit, mit der Aufkündigung des Bündnisses zu drohen (Nacht des 29./30. Juli). Aber wie wir heute die Verhältnisse kennen, dürfen wir sagen, daß auch, wenn Berchtold sofort eingeschwenkt wäre und sich mit dem großen diplomatischen Erfolg seines Ultimatums und der Besetzung Belgrads begnügt hätte, der Friede nicht erhalten geblieben wäre. Der allerdings sehr wichtige Effekt wäre nur gewesen, daß die Mittelmächte eine sehr viel bessere diplomatisch-politische Position gewonen hätten. Die Kriegspartei in Rußland wie in Frankreich wollte zwar den Krieg im Jahre 1914 an sich noch nicht; der serbische Fanatismus hatte den Konflikt früher entfesselt, als er beabsichtigt war. Aber man wollte den Krieg auf sehr kurze Sicht und nahm lieber den Nachteil auf sich, noch nicht völlig vorbereitet in den Kampf einzutreten, als dem serbischen Freunde ein wirkliches Leid zufügen zu lassen, wie es auch die verschiedenen Kompromißvorschläge vorsahen.

Der Zufall hatte es gewollt, daß, als der Erzherzog ermordet wurde, der Präsident Poincaré gerade wieder einen Besuch in Petersburg angesagt hatte. Gerade in den kritischen Tagen war er der Gast des Zaren. Er sah, daß die von ihm so lange ersehnte und künstlich vorbereitete Stunde gekommen sei, und benutzte

die Gelegenheit, den Zaren, wie dieser selber später dem französischen Minister Cruppi gesagt hat, „fest" zu machen. Es war keineswegs nötig, wie der russische Minister es tat, sich jede französische Einwirkung im Sinne einer Mäßigung zu verbitten; die Franzosen taten das nicht nur nicht, sondern taten das Gegenteil. Sie hetzten. Als nun die Nachricht eintraf, daß Österreich Serbien den Krieg erklärt habe, wurde auf der Stelle die Mobilmachung der gesamten russischen Armee beschlossen (29. Juli). Als ein Telegramm Kaiser Wilhelms an Nikolaus eintraf, das ihn beschwor, der Welt den Frieden zu erhalten, wurde der Zar noch einmal schwankend und befahl, daß die Mobilmachung auf die vier südlichen und östlichen Militärbezirke beschränkt sein solle. Die Minister versuchten zunächst (Bericht des englischen Botschafters Buchanan), die Mobilmachung im Geheimen fortzusetzen. Da sich das aber nicht ausführen ließ, so entrissen sie am nächsten Tage (30. Juli) dem Zaren von neuem den Befehl für die Gesamtmobilisierung. Österreich hatte noch nicht die Hälfte seiner Armee für den serbischen Feldzug mobil gemacht und sorgsam die Mobilisierung der Korpsbezirke, die an Rußland grenzten, ausgeschlossen, um jede Bedrohung zu vermeiden. Der Einmarsch in Serbien konnte nicht vor dem 12. August beginnen. Für eine Macht, die einen Kompromiß wünschte, wäre also Zeit genug gewesen zum Verhandeln. Freilich war auch Graf Berchtold bis dahin halsstarrig gewesen, aber unter dem gemeinsamen Druck Deutschlands und Englands begann er nachzugeben. Wer aber keinen Kompromiß wollte und keinen Bundesgenossen hatte, der ihn im Sinne eines Kompromisses beeinflußte, das war Rußland, und es hatte ein Mittel, den Kompromiß von vornherein abzuschneiden: es machte mobil. Es machte mobil mit dem vollen Bewußtsein, daß diese Mobilmachung der Krieg sei. Sasonof selber hat dem französischen Botschafter Paléologue erzählt, daß, als er dem Zaren den Mobilmachungsbefehl abpreßte, dieser ihm gleich mit erstickender Stimme gesagt hatte: „Denken Sie an die Verantwortung, die Sie mir raten auf mich zu nehmen. Denken Sie daran, daß es sich darum handelt, Tausende und Abertausende in den Tod zu schicken."

Man hat wohl gemeint und selbst der deutsche Militärbevollmächtigte in Petersburg, General v. Chelius, hat sich in diesem Sinne geäußert, und Kaiser Wilhelm, der ja noch in Konopischt von der Friedlichkeit der Russen überzeugt gewesen war, glaubte es ebenfalls, daß der Teilmobilmachungsbeschluß in einer Art von Übereilung, „aus Angst vor kommenden Ereignissen ohne aggressive

Absichten" gefaßt und man sich erst hinterher klargeworden sei, was man angerichtet habe. Aber die Tatsachen widersprechen dieser Auffassung, die nur beweist, wie wenig man deutscherseits das Denken und Wollen der Russen durchschaut hatte. Die Teilmobilmachung wurde im Prinzip bereits auf die Kunde von dem österreichischen Ultimatum hin vom Ministerrat am 24. Juli beschlossen, vom Kaiser am 25. bestätigt und am 29. ausgeführt. Von einer Übereilung kann also gar nicht die Rede sein. Sasonof wie der Zar selber waren sich bewußt, wie sehr sie alle die letzten Jahre die Serben gegen Österreich aufgehetzt hatten. Sie waren sich bewußt, wieviel sie verloren, wenn sie es verabsäumten, jetzt die Serben zu decken. Schon einen Tag vor der österreichischen Kriegserklärung an Serbien hatte der Zar dem Kronprinzen-Regenten telegraphieren lassen, daß er Serbien nicht im Stich lassen werde. Die Entschlossenheit, den Kampf aufzunehmen, entsprang also keineswegs einer momentanen Aufwallung. Der Kompromiß, auf den Deutschland und schließlich auch Österreich hinsteuerten, wäre für Rußland sehr wohl annehmbar gewesen, wenn es auf den Kreuzzug nach Konstantinopel verzichten wollte. Da es das aber nicht wollte, da es dies große Ziel der russischen Sehnsucht unmittelbar vor Augen zu haben glaubte, da ihm die Bundesgenossenschaft von Frankreich und England sicher war, auch die von Italien und Rumänien in Aussicht stand, so war ihm auch kein Kompromiß, wie er auch aussah, annehmbar, und es war nur folgerichtig, daß es in dem Augenblick, wo Österreich mit seiner Kriegserklärung an Serbien zeigte, daß es Ernst zu machen gedenke, seinerseits den Handschuh aufnahm und die Mobilmachung verkündete, aus der es keinen Rückzug mehr gab. Dafür, daß der russische Außenminister sehr wohl wußte, daß Deutschland keinen Krieg beabsichtige, ist jüngst noch ein interessantes Zeugnis zutage gekommen. Der tschechische Abgeordnete, jetzt Senator, Klofatsch hat Erinnerungen veröffentlicht, über die in dem Preuß. Jahrb. Bd. 198, Heft 3, S. 295 referiert ist. Klofatsch suchte Ende 1913 Sasonof auf, der ihn im tiefsten Geheimnis empfing, und indem er mit ihm die drohende Kriegsgefahr besprach, äußerte der russische Minister, daß Deutschland gewiß keinen Krieg wolle, da es durch die Erfolge von 1871 saturiert sein müsse. Man erkennt deutlich, wie die russischen Politiker in Verlegenheit waren, einen Grund für die Mobilmachung zu finden, und wie sie nach Vorwänden dafür suchten. Als der deutsche Botschafter Graf Pourtalès in der freundschaftlichsten Weise bei Sasonof vorsprach (29. Juli um 11 Uhr vormittags und um 7 Uhr

abends)[9]), mitteilte, daß Deutschland seine Versuche fortsetze, das Wiener Kabinett zur Versöhnlichkeit zu bewegen und bat, nicht durch eine Mobilmachung die Verhandlungen zu stören, da Deutschland bei einem Fortschreiten der militärischen Maßnahmen in Rußland gezwungen sein werde, nicht nur zu mobilisieren, sondern auch sofort zum Angriff zu schreiten, so stellte sich Sasonof, als ob er in dieser Warnung eine Drohung erblicke und fand, daß die Mitteilung des Botschafters in Widerspruch mit den persönlichen Telegrammen des Kaisers an den Zaren stehe. Daß Sasonof das nicht wirklich geglaubt haben kann, liegt auf der Hand, denn daß Deutschland eine russische Mobilmachung sofort mit dem Kriege beantworten werde, war eine unter den Diplomaten ganz bekannte Tatsache und hatte auch der englische Botschafter dem russischen Minister erst zwei Tage vorher gesagt. (Engl. Blaubuch Nr. 17 und Nr. 44.) Die Heuchelei, daß die angebliche Drohung des deutschen Botschafters die Russen zu ihrem Gegenzuge zwinge, ist um so deutlicher, als die Mobilmachung und sogar die Gesamtmobilmachung bereits vorher im russischen Ministerrat beschlossen worden war, und erst am Abend durch die Initiative des Zaren noch einmal auf die Teilmobilisierung eingeschränkt wurde.

Es ist vielleicht nicht unmöglich, wie von Österreich (vgl. oben S. 19), so auch von Rußland zu sagen, daß es nicht anders handeln konnte, als es gehandelt hat. Der durchschlagende Unterschied aber ist, daß Österreich sein Leben und seine Existenz gegen die serbischen Bestrebungen und Untaten verteidigte und sich wehren mußte, wenn es sich nicht selbst aufgeben wollte, daß Rußland aber von Niemand bedroht war, sondern vorging, weil es sich gehemmt fühlte in seinem auf die Hauptstadt eines Nachbarreichs gerichteten Eroberungs-Ehrgeiz.

Zwei Tage lang führte Sasonof noch Verhandlungen mit dem österreichischen und dem deutschen Botschafter über diese oder jene Formel, die den Kompromiß ermöglichen sollte; in Wirklichkeit aber war der Zweck, wie eine Aufzeichnung des englischen Botschafters Buchanan vom 17. September 1917 erkennen läßt, ein Verschleppungsmanöver, um mehr Zeit für die Mobilmachung zu gewinnen. Es hat daher wenig Wert, diese Formeln daraufhin zu prüfen, ob sie brauchbar gewesen wären und wie sich Berlin und Wien dazu gestellt haben. Zar Nicolaus selber beteiligte sich an dem hinterlistigen Versteckspiel. Auf einem Runderlaß Sasonofs

[9]) Vgl. die Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums. Übers. v. Alfred v. Wegerer (D. Verlags-Gesellsch. f. Polit. u. Gesch. 1924) S. 18 Anmerkung.

an die russischen Botschafter vom 31. Juli bemerkte er eigenhändig, daß man das Geheimnis (der Mobilmachung) bewahren müsse, und daß der Minister seine Unterredungen mit dem österreichischen Botschafter fortsetzen solle [10]).

Im Eingang dieser Untersuchung habe ich dargelegt, wie groß die Überlegenheit der Ententemächte war, und daraus zunächst gefolgert, daß Deutschland gegen eine solche Übermacht schwerlich aus freien Stücken einen Krieg angefangen habe. Aus dem Kräfteverhältnis ergab sich aber noch eine weitere, für Deutschland wahrhaft tragische Konsequenz. Die Feldarmeen der Russen und Franzosen zusammen waren über 1 700 000 Mann stärker als die Deutschen zusammen mit den Österreichern (5 070 000 gegen 3 358 000). Wenn die feindliche Übermacht so groß war, wie konnte Deutschland dann überhaupt in dem Kriege bestehen? Der deutsche Generalstab war zu dem Schluß gekommen, daß Deutschland nur siegen könne, wenn es den Vorteil ausnutzte, daß wir schneller mobilmachen und aufmarschieren konnten als die Russen. Man hatte also einen Kriegsplan entworfen, wonach die Masse des deutschen Heeres sich zunächst auf die Franzosen werfen sollte, um diese niederzuschlagen, und sich dann erst gegen die Russen zu wenden. Die französisch-deutsche Grenze war aber derart befestigt, daß man nicht hoffen konnte, schnell durchzudringen; um den Kriegsplan ausführen zu können, mußte man also durch das neutrale Belgien marschieren. Das war ein Entschluß von unermeßlicher Tragweite: die öffentliche Meinung der Welt mußte durch die Neutralitätsverletzung gegen Deutschland aufgebracht werden, und vor allem war zu erwarten, daß England dadurch auf die feindliche Seite geführt werden würde. Der Reichskanzler und das Auswärtige Amt haben den Generalstab auf diese schweren Bedenken aufmerksam gemacht. Aber dieser hatte erwidert, daß es eine andere strategische Möglichkeit nicht gebe, und daß die Gegnerschaft Englands, die ohnehin höchst wahrscheinlich sei, in Kauf genommen werden müsse. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, ob diese Antwort richtig war und ob nicht doch ein Kriegsplan möglich und aussichtsreich gewesen wäre ohne die Verletzung der belgischen Neutralität: auf jeden Fall waren der deutsche Generalstab und der Reichskanzler guten Glaubens, als sie sich sagten, daß es eine andere Rettung für Deutschland als unter Verletzung der belgischen Neutralität nicht gebe, daß ein

---

[10]) Mitgeteilt Krasny Archiv Band 1, übersetzt in den Dokumenten zur Kriegsschuldfrage, herausgegeben von der Zentralstelle zur Erforschung der Kriegsursachen Heft 1 S. 31.

Notstand also den Bruch des Völkerrechts entschuldige. Es ist auch kein Gegenbeweis gegen diese Auffassung, wenn man darauf hinweist, daß der Durchmarsch durch Belgien schon vom Grafen Schlieffen stammte zu einer Zeit, wo die Gefahr des Zwei-Fronten-Krieges für Deutschland noch bei weitem nicht so groß war. Ob der Neutralitätsbruch auch damals schon entschuldbar war, mag man dahingestellt sein lassen; im Jahr 1914 ist der Notstand unleugbar. Der Erfolg der russischen Mobilmachung war mithin nicht nur, daß Deutschland jetzt auch mobilisierte, nicht nur, daß es sofort den Krieg erklärte und zuschlug, sondern auch, daß es den ersten Schlag nicht gegen die Russen, selbst, sondern gegen ihren Bundesgenossen im Westen richtete und zu diesem Zweck die Neutralität des an dem Streit ganz unbeteiligten Belgien verletzte. Kein Wunder, daß die Welt diesen Zusammenhang nicht sofort verstand. So einfach er an sich ist, so gehört doch eine sehr ruhige und leidenschaftslose Überlegung dazu, um ihn klar zu erkennen, und dazu war die Erregung über die furchtbare Katastrophe, die so plötzlich über die Welt hereinbrach, bei den Völkern zu groß. Der Eindruck des deutschen Vorgehens war der denkbar ungünstigste. Mit großer Geschicklichkeit wußte dazu die russische und französische Diplomatie dafür zu sorgen, daß der Zeitpunkt der verschiedenen Mobilmachungen im unklaren blieb und erst nach 1918 allmählich mit völliger Sicherheit hat festgestellt werden können. Die Welt blieb also und steht zum Teil noch heute unter dem Eindruck, daß Deutschland in krankhaftem Ehrgeiz die nichts ahnenden Nachbarn plötzlich mit seiner gewaltigen Heeresmacht überfallen habe, um sie dem alldeutschen Machtwillen zu unterwerfen. Wir haben gesehen, daß das nicht nur unwahr, sondern das Gegenteil der Wahrheit ist. Der Angriff Deutschlands war nichts als eine ihm durch die Natur der Dinge aufgedrungene Defensivmaßnahme.

Ein ganz besonders starker Beweis, daß Deutschland fast bis zum letzten Augenblick den Weltkrieg nicht nur nicht gewollt, sondern ihn nicht einmal erwartet hat, ist erst in den letzten Wochen in dem 4. Bande der „Erinnerungen“ des österreichischen Feldmarschalls Conrad v. Hötzendorf zutage gekommen. Erinnern wir uns, daß die russische Mobilmachung sich in zwei Etappen vollzog. Am 29. morgens wurde sie befohlen; am Abend schränkte sie der Zar auf eine Teilmobilmachung gegen Österreich ein, um am nächsten Tage (30.) wieder die Gesamtmobilmachung zu verfügen. Da die Teilmobilmachung bereits Zweidrittel der europäischen Heeresmacht Rußlands umfaßte, so hätten konsequenterweise Österreich und Deutschland darauf sofort mit ihrem Gegenschlag antworten müssen. Es wäre militärisch von außer-

ordentlichem Wert gewesen, wenn Deutschland seine Mobilmachung drei Tage früher verfügt hätte. Moltke aber gab seinem österreichischen Kollegen nur den Rat, seinerseits sofort die Gesamtmobilisierung zu fordern. Das war ja etwas Selbstverständliches, wenn auch Moltke mit solchem Ratschlag seine Kompetenz unzweifelhaft überschritt. Conrad aber, der eigentlich schon seit Jahren die Idee des Präventivkrieges vertreten hatte, hatte diesmal so bestimmt darauf gerechnet, daß der Waffengang mit Serbien lokalisiert bleiben werde, daß er die halbe österreichische Armee gegen Serbien hatte aufmarschieren lassen. Bei dem dünnen österreichisch-ungarischen Eisenbahnnetz war es, als nun der russische Krieg kam, nicht mehr möglich, eine Anzahl der Divisionen von der Save rechtzeitig nach Galizien zu befördern und sie haben bei dem ersten Zusammenprall mit den Russen dort der österreichischen Armee bitter gefehlt.

Völlig verfehlt ist es, Moltkes Drängen auf Losschlagen seit dem 29. Juli als Wunsch nach einem Präventivkrieg aufzufassen. Bei einem Generalstabschef liegt ja ein solcher Wunsch nahe. Der ältere Moltke und sein nächster Nachfolger, Graf Waldersee, haben ihn tatsächlich gewünscht und dem Fürsten Bismarck dadurch schwere Stunden bereitet. Nicht auf die militärischen Wünsche kommt es aber an, sondern darauf, ob die politische Leitung ihnen nachgibt. Das ist weder früher noch 1914 geschehen. Nicht am 29. Juli, auch nicht am 30. oder 31., sondern erst am 1. August nachmittags 5 Uhr hat Deutschland, als letzte von allen Großmächten die Mobilmachung verkündigt. Selbst bei Moltke aber war es nicht der Gedanke eines Präventivkrieges, der sein Drängen veranlaßte, sondern es war, wie schon oben ausgeführt, die Erkenntnis, daß bei der ungeheuren Übermacht der Gegner unsere Rettung allein in der Schnelligkeit gesucht werden konnte. Im Jahre 1887, oder 1898 bis 1902 (während des Faschoda-Zwischenfalles und des Burenkrieges), oder 1905/6 (während der Marokkokrisis), oder 1909 (in der bosnischen Krisis) wäre es ein Präventivkrieg gewesen, wenn Deutschland die Offensive ergriffen hätte. Alle diese Gelegenheiten waren überaus günstig, und Deutschland hat sie nicht benuzt. Bei den ungeheuren Rüstungen der Russen und Franzosen und den durchgreifenden Armee-Reformen bei den Engländern waren die Bedingungen für Deutschland immer schlechtere geworden und wurden es mehr und mehr. Nichts wäre für einen Armeeführer gerechtfertigter gewesen, als die Forderung eines Präventivkrieges. Was aber Moltke am 29. Juli forderte, war was ganz anderes, war der offensiv geführte Defensivkrieg, und es war für uns ein ungeheurer militärischer Nachteil, daß Beth-

mann-Hollweg und der Kaiser es ablehnten, darauf einzugehen. Am 29. Juli wurden bereits Dreifünftel der europäischen russischen Truppen mobilisiert und am 30. Juli der Rest. Seit dem 29. Juli war bei den leitenden Männern Rußlands der Krieg entschieden. Die Teilmobilmachung war nur ein Mittel, den zögernden Zaren zum Kriege fortzureißen. Der französische Generalstab hatte bei den jährlichen Konferenzen mit dem russischen immer gewünscht, daß Rußland allmählich mobilisieren möge, damit die Initiative des Vorgehens und der Schein der Kriegsschuld auf Deutschland falle; die Russen hatten diese Zumutung immer abgelehnt, da die Teilmobilisierung die Gesamtmobilisierung in Unordnung bringe. Die Minister waren sich deshalb völlig bewußt, daß die Teilmobilisierung sofort in eine Gesamtmobilisierung verwandelt werden müsse. Schon die Teilmobilisierung, insbesondere eine so umfassende, war also für die Russen der Kriegsbeschluß. Deutschland hätte, strategisch gedacht, schon darauf seinen Gegenzug machen müssen; der General Moltke war also mit seiner Forderung im Recht, und man kann es, so wie wir heute die Dinge übersehen, vom deutschen Standpunkt nur beklagen, daß der Kaiser sich für Bethmann entschieden hat, ein so durchschlagendes Zeugnis wir darin auch jetzt für Deutschlands Friedensliebe haben. Am allerwenigsten kann hiergegen eingewendet werden, daß der General v. Moltke sich verschiedentlich sehr zuversichtlich ausgesprochen und die Vorzüge der deutschen Rüstung betont hat. Das wäre ein merkwürdiger General, der nicht so spräche; „ein General muß ein Komödiant sein", hat Friedrich der Große gesagt und immer die Überlegenheit der Seinigen behaupten, auch wenn er nicht daran glaubt. Während der Kaiser noch in Konopischt (13./14. Juni 1914) an die Friedlichkeit der Russen glaubte, war Moltke schon seit dem Mitrofanoffschen Brief, den ich in den „Preußischen Jahrbüchern" veröffentlicht habe, wie er später geäußert hat, überzeugt[11]), daß der Krieg nahe bevorstehe.

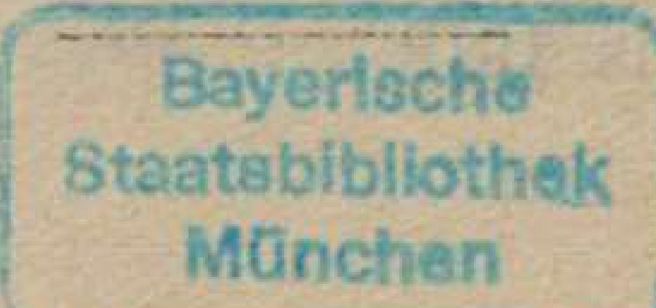
Der Weltkrieg ist entfesselt worden durch die mit der Absicht dieses Erfolges angeordnete russische Mobilmachung, zu welchem Entschlusse wiederum die von Poincaré geleitete französische Politik die Russen antrieb. Durchaus mit Recht hat der Privatsekretär Poincarés, Colrat, später Justizminister, nach dem erlangten Siege geschrieben („L'Opinion" 14. Dez. 1918) „... Metz und Straßburg wiedergewonnen, ist nicht allein das glänzende Werk unserer Soldaten, es ist das Ergebnis einer Politik. Und

[11]) Preuß. Jahrb. Bd. 156 S. 385. Der Brief ist vom 14. April 1914 und veröffentlicht Ende Mai. Wiederabgedruckt in meiner Sammlung „Krieg und Politik 1914 bis 1918".

diese Politik war vor und im Kriege nicht immer leicht durchzuführen. Zum ersten, weil sie durch die tausend von Parteirivalitäten hervorgerufenen Schwierigkeiten einen Weg bahnen mußte, dann, weil sie sich oft im Dunkeln an den Hindernissen stieß, die von einer anderen heimlich verfolgten Politik angehäuft wurden. (Gemeint ist die Politik der Friedensfreunde: Pams, Caillaux, Louis, Painlevé usw.). Der Sieg ist gekommen. Er belohnt alle Anstrengungen. Wer seinen Traum erfüllt sieht, für den bedeutet alles übrige nichts mehr. Aber die Geschichtsschreibung wird kommen. Sie wird manche Urteile berichtigen. Sie wird manche Geheimnisse aufklären. Sie wird jeden auf den verdienten Platz stellen, und wenn wir uns nicht irren, Herrn Poincaré auf den ersten.“

Nicht nur die absolute Unschuld Deutschlands in Hinsicht der Versailler Anklage ist dargetan, sondern auch die Fehler, die der deutschen Politik vorzuwerfen sind, sind deutlich genug bezeichnet. Sie liegen nicht in den politischen Zielen, die Deutschland sich setzte und die durchaus friedlicher Natur und mit friedlichen Mitteln zu erreichen waren; sie liegen auch nicht in dieser oder jener Wendung während der Julikrisis, die vielleicht anders hätte genommen werden können, in der sog. Blankovollmacht oder im österreichischen Ultimatum. Vollends der Kronrat in Potsdam am 5. Juli, in dem der Krieg beschlossen worden sein soll, hat niemals stattgefunden; ebensowenig die Botschafter-Konferenz, von der der amerikanische Botschafter in Konstantinopel, Morgenthau, seinen Landsleuten erzählt hat; es ist nachgewiesen, daß die Botschafter zu der angegebenen Zeit überhaupt nicht in Berlin gewesen sind. Alles das ist nichts als Verständnislosigkeit oder Fabelei. Die tatsächlichen Fehler, die die deutsche Politik begangen hat, sind vielmehr erstens, daß Deutschland durch den Bau der großen Schlachtschiffe England in unnötiger Weise reizte, mit Argwohn erfüllte und auf die feindliche Seite trieb; zweitens, daß der Kaiser wie die deutsche Diplomatie die Größe und Nähe der Kriegsgefahr in einer fast harmlosen Weise unterschätzte; drittens in dem deutschen Kriegsplan, der, wenn auch gutgläubig, doch die ungeheuren moralischen und politischen Folgen der Offensive über das Gebiet eines neutralen Staates nicht genügend in Anschlag gebracht hatte.

Man mag diese Fehler so hoch anschlagen, wie man will, es wird dadurch nicht aufgehoben, daß das deutsche Volk durchaus mit Recht in den Krieg gegangen ist in der Überzeugung, daß es sich gegen einen von langer Hand vorbereiteten, heimtückischen Überfall zu verteidigen habe.



CARL HEYMANNS VERLAG / BERLIN W 8
MAUERSTRASSE 44

Zeitschrift für Politik

Herausgegeben von
Prof. Dr. Richard Schmidt, Leipzig
und
Dr. Adolf Grabowsky, Berlin

XIV. Band 1924-1925

Preis für den Jahresband von 6 Heften 18 Mark

*

Die „Zeitschrift für Politik" besteht seit dem Jahre 1907. Sie gilt in Deutschland als das führende Organ für politische Forschung, sie hat auch im Auslande nur wenige Wettbewerber neben sich. In einer Epoche, in der die Politik so stark im Vordergrunde steht wie noch niemals, hat ein Organ, daß die großen politischen Ereignisse wissenschaftlich zu durchleuchten trachtet, noch mehr Anspruch auf Berücksichtigung als früher. Wer sich mit dem politischen Stoff der Tagespresse und der aktuellen Zeitschriften nicht begnügen, sondern zur innerlichen Erfassung der Probleme und damit zu eigener Forschertätigkeit gelangen will, dem ist die Zeitschrift für Politik schlechthin unentbehrlich.
Die Zeitschrift ist bei aller wissenschaftlichen Haltung keineswegs akademisch; sie hat vielmehr das Ziel, durch ihre vertiefte Auffassung der Probleme bestimmend einzuwirken auf die praktische Politik. In der Tat wird sie in Deutschland und im Ausland beachtet, wo Politik gemacht und gedacht wird: bei den Regierungen, in den Parlamenten, in den Hochschulen, in der großen Presse. Nicht aber nur der gegenwärtige Inhalt wird zitiert und besprochen, sondern immer wieder greift man auf frühere in der Zeitschrift veröffentlichte Beiträge zurück. Die vorliegenden dreizehn

Bände bilden auch wirklich ein Material zur Ausdeutung der politischen Vorgänge, wie es reichhaltiger und tiefgründiger nicht anzutreffen ist. Seit Beginn der Zeitschrift haben sich uns die bedeutendsten Köpfe, die auf dem Gebiete der politischen Forschung tätig sind, in Deutschland wie im Ausland als Mitarbeiter zur Verfügung gestellt: Staatsmänner, Parlamentarier, Gelehrte, Publizisten.
Wir vernachlässigen keineswegs die innere deutsche Politik samt Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, wir übersehen auch nicht die Parteienkunde und die Geschichte der politischen Probleme — im Vordergrund unseres Wirkens aber steht die auswärtige Politik und hier besonders seit Beendigung des Krieges die Behandlung aller Friedensvertrags- und Wiederaufbaufragen. Ständige Referate über die Entwicklung dieser Probleme in den Hauptkulturländern halten den Leser auf dem Laufenden. Ebenfalls in ständigen Referaten werden die durch die Friedensverträge erfolgten Gebietsverschiebungen beleuchtet. Auch der Entwicklung des Völkerbundes und der Tätigkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag widmen wir fortgesetzt unser Interesse. In diesem Zusammenhang seien schließlich unsere laufenden Referate über Grenz- und Auslandsdeutschtum erwähnt. Korrespondenten in den Hauptstädten der Großmächte unterstützen uns durch Gewinnung von Beiträgen oder Lieferung eigener Berichte. Lebhafte Beachtung haben insbesondere unsere Korrespondenzen aus New York gefunden.
Den Kern der Zeitschrift bilden nach wie vor die umfangreichen Abhandlungen. Wir nennen aus der letzten Zeit nur unser amerikanisches und unser italienisches Heft, sowie die Aufsatzreihe über die große Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes. Dazu wird der Rezensionsteil sorgsam gepflegt. Die ausführlichen Literaturberichte der Zeitschrift für Politik haben hervorragenden Ruf.
Seit kurzem ist der Zeitschrift auch ein ständiges Beiblatt angefügt: die Mitteilungen der Deutschen Hochschule für Politik, die unter anderem einen Politischen Literaturbericht enthalten, der alle bemerkenswerten Veröffentlichungen zur Politik anzeigt und kurz beleuchtet.
Die Zeitschrift für Politik erscheint sechsmal im Jahr in starken Heften. Sie ist durch jede größere Buchhandlung des In- und Auslandes zu beziehen. Nach dem Auslande liefert der Verlag auf Wunsch auch direkt.

